

Waldbesitzer können keine Vollkosten bezahlen

Interview mit Georg Schirmbeck, dem Präsidenten des Deutschen Forstwirtschaftsrates (DFWR)

jk. Ausgehend von der „Berliner Erklärung“ des Deutschen Forstwirtschaftsrates gibt Georg Schirmbeck, der DFWR-Präsident Antworten auf aktuelle Fragen der Forstpolitik: laufende Forstreformen, Auf- und Ausbau von Holzvermarktungs- und Beförsterungsstrukturen. Er warnt dabei u. a. davor, die öffentliche Forstverwaltung „einzudampfen“, ohne ein sachgerechtes alternatives Zukunftskonzept zu haben.

Holz-Zentralblatt: Herr Schirmbeck, der Deutsche Forstwirtschaftsrat hat vor gut einem Monat seine „Berliner Erklärung“ verabschiedet, die unter dem Motto „Perspektiven für den Privatwald – Ansprache, Beratung, Bewirtschaftung“ steht. Darin wird auf eine dramatische Situation hingewiesen, in der sich die Forstwirtschaft in Deutschland befindet. Bitte erläutern Sie, welche Zustände und Entwicklungen Sie damit meinen?

Georg Schirmbeck: Über 95 % der deutschen Waldbesitzer sind Kleinprivatwaldbesitzer mit weniger als 20 ha Waldfläche. Ein sehr hoher Prozentsatz dieser Waldbesitzer sind Kleinst-Privatwaldbesitzer mit oft weniger als 1 ha Wald. In diesem Milieu sinkt das Interesse an der Waldbewirtschaftung und an traditioneller Forstwirtschaft rapide, nicht zuletzt durch den demografischen Wandel sowie eine zunehmende Urbanisierung.

Die Mehrzahl der Selbsthilfe-Einrichtungen der deutschen Forstwirtschaft – Forstbetriebsgemeinschaften und Forstwirtschaftliche Vereinigungen – ist bislang nur bedingt in der Lage, die notwendige Ansprache, Betreuung und Beratung der Kleinprivatwaldbesitzer flächendeckend sicherzustellen.

Im Ergebnis verlieren immer mehr Waldbesitzer ihr Interesse an der Bewirtschaftung ihrer Wälder, zumal viele auch mittelfristig keine Erträge aus der Bewirtschaftung ihrer Wälder erwarten

» Im Ergebnis verlieren immer mehr Waldbesitzer ihr Interesse an der Bewirtschaftung ihrer Wälder. «

Forstwirtschaft wären der staatliche Förster und die Landesforstverwaltung verantwortlich. Diese Szene verkennt völlig die Organisation und die Wege der demokratischen Entscheidungsfindung in unserem Staat.

In den Ländern, in denen der Landesforstchef kein Förster ist und nicht den Status eines Abteilungsleiters hat, „sitzt die Forstwirtschaft nur in der dritten Reihe“. Sorry, alle für die Forstwirtschaft zuständigen Abteilungsleiter geben ihr Bestes, aber mit dem Renommee eines ausgewiesenen Forstexperten kämpft es sich bei der Ressourcenverteilung in den jeweiligen Häusern leichter, und man ist im Ergebnis erfolgreicher. Minister entscheiden nur sehr, sehr selten gegen das fachliche Votum ihrer Fachabteilung.

Die meisten NGOs halten Forstwirtschaft, Förster, Waldarbeiter und Waldbesitzer für etwas aus der Zeit gefallenes. Ob es uns gefällt oder auch nicht: Die NGOs haben in der veröffentlichten Meinung und dadurch zunehmend in Staat und Gesellschaft eine hohe Akzeptanz. Politiker orientieren sich an diesem Trend. Seit Langem sinken die Planstellen für Förster. Der Forstszene wird das dann als Forstreform verkauft. Die Planstellen für den sehr oft ideologisch geprägten Naturschutz steigen. Nach und nach sinkt der Einfluss der Forstszene.

Man kann und muss darüber diskutieren, welche Aufgaben zukünftig die öffentliche Forstverwaltung wahrnehmen soll. Aber die öffentliche Forstverwaltung einzudampfen ohne ein sachgerechtes alternatives Zukunftskonzept zu haben, das ist unverantwortlich.

In einer Zeit, in der Sommerstürme, Winterstürme, anhaltende Trockenheit, Kalamitäten aller Art unsere Wälder überziehen, brauchen wir mehr qualifiziertes Forstpersonal – privates und öffentliches.

Wenn in der aktuellen Situation gleichzeitig die Nadelholzpreise um ein Drittel einbrechen, dann sind wir in einer Notsituation, in der wir vom Staat – von wem denn sonst – keine Beileidsbekundungen, sondern ganz konkrete Hilfestellung mit Finanzen und Personal benötigen.

Landwirtschaftliche Fehlentwicklungen kann man im nächsten Jahr korrigieren. Schäden und Fehlentwicklungen in der Forstwirtschaft spüren wir noch in Generationen.

Das Unterstützen über die indirekte Förderung war seit Jahrzehnten Konsens. Eine Art Entschädigung für die zahlreichen Leistungen, die unentgeltlich erbracht wurden bzw. werden. Jetzt droht die Einstellung der Betreuung oder der Abzug von Mitteln in andere Bereiche.

Die Waldbesitzer können für das bisherige Leistungspaket keine Vollkosten bezahlen. Die Erträge aus der Holzproduktion reichen in aller Regel dafür nicht aus. Wenn wir weiter eine Forstwirtschaft auf Weltklasse-Niveau wollen, dann müssen alle forstlichen Dienstleistungen angemessen bezahlt werden.

HZ: Wie sehen Sie die Möglichkeiten der Forstwirtschaft, den Bund und die

Länder zur Förderung der Forstwirtschaft anzuhalten? Was sollte die Forstwirtschaft tun oder lassen, damit sie nicht nur einer von vielen Bittstellern bleibt?

Schirmbeck: Kein anderer Bereich kann einen so wesentlichen positiven Beitrag zum Klimawandel und zur Lebensqualität leisten wie die Forstwirtschaft. Wälder können CO₂ aus der Atmosphäre nehmen, sie liefern nachwachsenden Rohstoff; für den Grundwasserschutz und die Grundwasserbildung, für Biodiversität, für Erholung, Freizeit- und Sportaktivitäten sind unsere Wälder unverzichtbar. Wir sind keine Bittsteller! Wir sichern die Lebensqualität in unserer Gesellschaft.

Gesellschaft und Politik erkennen Fehlentwicklungen leider immer erst dann, wenn der Krug, der zum Brunnen geht, schon erhebliche Risse hat.

Deshalb ist es heute und sofort unsere Aufgabe, auf die Herausforderungen



» Wenn die Politik erkennt, dass es brennt, dann findet sie auch Wege, das Richtige und sachlich Notwendige zu beschließen und umzusetzen. «

Georg Schirmbeck

und Aufgabenstellungen entschieden aufmerksam zu machen. Damit sind wir aber nur erfolgreich, wenn die Forst- und Holzszene geschlossen auftritt. Ich bin der DFWR-Mitgliederversammlung dankbar, dass sie mit der einstimmig beschlossenen „Berliner Erklärung“ diese Geschlossenheit gezeigt hat. Jetzt gilt es in den Ebenen der deutschen Bundes- und Landespolitik die Kärnerarbeit zu leisten, die vor jedem politischen Erfolg unerlässlich ist. Wir sind an der Arbeit!

HZ: Ein großes Thema bei der direkten Förderung, die ja ausgebaut werden soll, ist das EU-Beihilferecht bzw. die Einhaltung der daraus abgeleiteten Bestimmungen. Gibt es hier Fortschritte und Modelle, die rechtlich abgesichert und gleichzeitig keine Bürokratiemonstren sind?

Schirmbeck: Keine sachlich richtige und notwendige forstpolitische Entscheidung scheitert am EU-Beihilferecht, am Kartellamt, am Bundesverfassungsgericht, der UNO usw. Wenn die Politik erkennt, dass es brennt, dann findet sie auch Wege, das Richtige und sachlich Notwendige zu beschließen und umzusetzen. – Daran arbeiten wir!

HZ: Nicht zuletzt in der Holzwirtschaft wird eine Zerschlagung von Forststrukturen im Holzverkauf befürchtet, ohne dass neue Strukturen schon aufgebaut wären. Wie sehen Sie dieses Thema?

Schirmbeck: Wer hat eigentlich vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Holzabsatzgesetz geklagt? Wer hat das Kartellverfahren initiiert? Mit super bezahlten internationalen Staranwälten, mit Kartellämtern und Gerichten lösen wir keine einzige Herausforderung der Forst- und Holzwirtschaft.

Es wird Zeit, dass die letzten Sturköpfe erkennen: Die Forst- und Holzszene ist eine der erfolgreichsten Branchen überhaupt. Aber sie bleibt das dauerhaft nur, wenn wir uns an einen Tisch setzen, wechselseitig Rücksicht nehmen und dann neue Konzepte erarbeiten, umsetzen und öffentlich vertreten.

Der Forstszene muss die Entwicklung der Strukturen der Abnehmerseite zunehmend Sorge bereiten. Bei der Neustrukturierung der Holzvermarktung müssen wir zwingend Antworten auf diese Entwicklung finden. Wir benötigen große, schlagkräftige, professionelle Strukturen.

HZ: Wie steht es um den großen Aufgabenzuwachs, der jetzt den verschiedenen forstwirtschaftlichen Vereinigungen zugetraut wird; wie viel Professionalisierung ist dort erforderlich?

Schirmbeck: Forstbetriebsgemeinschaften und forstwirtschaftliche Vereinigungen leisten an manchem Ort sehr erfolgreiche Arbeit. Es gibt leider aber auch ganze Regionen, da haben Selbsthilfeeinrichtungen keine hohe Akzeptanz. Dafür gibt es viele Gründe. Manchmal, weil man bisher durch die staatlichen Dienstleistungen verwöhnt war. Oft aber auch, weil man grundsätzlich etwas gegen solche Selbsthilfeeinrichtungen hat.

Wenn wir den deutschen Wald dauerhaft auf heutigem Niveau erhalten wollen, dann muss der Staat für eine flächendeckende Beförderung sorgen. Das sollte zuerst über eine entschiedene, berechenbare und dauerhafte Förderung der Selbsthilfeeinrichtungen erfolgen. Wo man solche Einrichtungen nicht erfolgreich entwickeln kann, da sind staatliche Forstämter unverzichtbar. In jedem Fall sind die forstwirtschaftlichen Herausforderungen der Zukunft nur durch eine wesentliche Professionalisierung zu stemmen.

HZ: Die jüngste Änderung des Bundeswaldgesetzes geht nicht zuletzt auf den Wunsch und das Betreiben des DFWR zurück. In einigen Bundesländern fußen die angestrebten neuen Forstreformen auf diesem neuen Bundeswaldgesetz, um weiterhin staatliche Beförderung im gesamten Privat- und Kommunalwald anzubieten. Bundeskartellamt und OLG Düsseldorf haben diese Neuregelung – mindestens im Verfahren gegen Baden-Württemberg – als unwirksam im Sinne des Kartellrechtes bewertet. Diese Bewertungen sind zwar nach dem BGH-Urteil nicht rechtswirksam, doch als Einschätzung von unabhängigen Kartellrechts-Experten sicherlich auch nicht unerheblich. Wie rechtssicher ist die Reform des Bundeswaldgesetzes?

Schirmbeck: Der deutsche Bundestag und der Bundesrat haben die jüngste Novelle zum Bundeswaldgesetz einstimmig beschlossen. Einstimmige Beschlüsse in den Verfassungsorganen gibt es nicht so oft. Alleine das sollte Kritiker der Waldgesetznovelle doch nachdenklich machen.

Das Bundeswaldgesetz in seiner heutigen Form gilt, bis das Bundesverfassungsgericht es aufhebt bzw. die Verfassungsorgane ein neues Gesetz beschließen. Der Rest ist Sternedeuterei! Es gibt natürlich gut bezahlte Anwälte, die leben von dieser Sternedeuterei.

Mal angenommen, irgendwann würde das Bundeswaldgesetz aufgehoben. Dann müssten danach die Verfassungsorgane ein neues Bundeswaldgesetz beschließen.

Wer glaubt, die Verfassungsorgane würden dann ein einzelnes Bundesland oder die ganze Plattform Forst und Holz im Regen stehen lassen, der verkennt die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat doch erst vor drei Jahren im Fall Tengemann nachgewiesen, wer die Republik regiert, wenn die Politik es mehrheitlich wirklich will.

Um es mal deutlich zu sagen: Der

oberste Souverän in Deutschland ist der Wähler. Der Wähler wählt Abgeordnete.

Diese Abgeordneten haben oft sehr unterschiedliche Meinungen. Aber keiner ist doof! Die Abgeordneten beschließen im Rahmen der verfassungsgebenden Ordnung Gesetze, die die Regierung umzusetzen hat. Ich bin überzeugt davon, dass der deutsche

» Der Forstszene muss die Entwicklung der Strukturen der Abnehmerseite zunehmend Sorge bereiten. Bei der Neustrukturierung der Holzvermarktungsstrukturen müssen wir zwingend Antworten auf diese Entwicklung finden. Wir benötigen große schlagkräftige professionelle Strukturen. «

Bundestag und die Länderparlamente am Ende des Tages das Richtige für den Wald und die deutsche Forstwirtschaft beschließen werden.

HZ: Der BDF-Hessen hat dem Bundeskartellamt vor wenigen Tagen sechs Fragen gestellt zur Umsetzung des Kartellrechtes in der deutschen Forstwirtschaft. Ist es nicht ein bedenkliches Zeichen, wenn diese Fragen tatsächlich nach den vielen Jahren und Jahrzehnten der Kartellstreitigkeit nicht schon längst geklärt sind? Oder ist es vielleicht so, dass die Antworten nur wenigen bekannt sind und sich vielen die Rechtslage bislang nicht erschlossen hat? Oder ist die Rechtslage auch Fachleuten unklar?

Schirmbeck: Die Fragen des BDF-Hessen kenne ich nicht. Vielleicht betreibt der BDF-Hessen eine geschickte Öffentlichkeitsarbeit. Der BDF-Hessen vertritt die Interessen seiner Mitglieder. Das ist seine Pflicht. Der DFWR vertritt die Interessen aller forstlichen Akteure.

Im Übrigen: Ich habe ein forstpolitisches – kein kartellrechtliches – Gespräch mit dem Präsidenten des Bundeskartellamtes geführt. Das Kartellamt und die einschlägigen Gesetze sind wichtig für unsere Volkswirtschaft. Nichtsdestoweniger ist das Kartellamt eine nachgeordnete Behörde des Bundeswirtschaftsministeriums, der man durchaus widersprechen darf. Auch die beste Behörde verläuft sich mal in seinem Aufgabenbereich. Was sagt das Bundeskartellamt eigentlich zu Ikea, Otto, Bundesbahn, DHL, Rewe, Edeka, Lidl und Aldi?

Zum Schluss kann niemand in Deutschland und der Welt auf fleißige Forstleute verzichten. Aber wir fordern für 2 Mio. Waldbesitzer und 1,1 Mio. Beschäftigte im Cluster Forst und Holz faire Verhältnisse!

HZ: Viele der Probleme mit dem Kartellrecht und mit den anstehenden Forstreformen sind länderspezifisch. Hat der DFWR dabei überhaupt die Möglichkeit, etwas Positives zu bewirken?

Schirmbeck: Mittlerweile arbeiten für den DFWR zehn Forstexperten. Unsere Mitgliederzahl wächst. Unser Rat ist gefragt. Wir koordinieren alle Themen. Wir sind die Stimme der deutschen Forstwirtschaft. – Ob wir unter dem Strich etwas Positives bewegen?

Unser Jahresbericht zeigt auf, was wir geleistet haben. Unsere Mitglieder sehen das so. Nach intensiven Diskussionen wurden in der letzten Mitgliederversammlung in Berlin alle Beschlüsse einstimmig gefasst. Auch die „Berliner Erklärung“!

» Es gibt leider ein gewisses Klientel in der forstwirtschaftlichen Szene, die glaubt, für alles Elend der Forstwirtschaft wären der staatliche Förster und die Landesforstverwaltung verantwortlich. «

ten, gerade bei den aktuell sehr niedrigen Holzpreisen.

Das führt zu quasi Flächenstilllegungen in größerem Stil, an der niemand in Staat und Gesellschaft aus ökologischer und ökonomischer Sicht ein Interesse haben darf.

Es besteht die große Gefahr, dass die besonderen Herausforderungen des Klimawandels (Schäden, Anpassung) und die damit zusammenhängenden zunehmenden Anforderungen an die Forstbetriebe nicht mehr geleistet werden können, wenn der Staat Geld aus dem System zieht, bewährte Strukturen zerschlägt und noch keine echten Antworten hat, wie zukünftige Strukturen aussehen müssen.

Wenn Staat und Gesellschaft Interesse an der fortlaufenden Bereitstellung unentgeltlicher Ökosystemdienstleistungen haben, dann müssen alle forstwirtschaftlichen Akteure animiert werden, gemeinsam „das Grüne Drittel“ Deutschlands zu gestalten, unbürokratisch, fördernd und lobend!

HZ: In der „Berliner Erklärung“ wird auch von einem Rückzug des Staates aus der Betreuung der Waldbesitzer berichtet. Bitte beschreiben Sie, was Sie damit meinen?

Schirmbeck: Es gibt leider ein gewisses Klientel in der forstwirtschaftlichen Szene, die glaubt, für alles Elend der